

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich -

Datum: 05.05.2020

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:36 Uhr - 19:20 Uhr

Vorsitz: Herr Bürgermeister Michael Stötzer

Beschlussfähigkeit

Soll:	13	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	13	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Detlef Müller SPD-Fraktion

Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Berger	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
Herr Otto Günter Boden	AfD-Stadtratsfraktion
Herr Reiner Drechsel	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion
Herr Dr. Dieter Füsslein	FDP-Fraktion
Herr Bernhard Herrmann	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion
Herr Thomas Scherzberg	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
Herr Falk Ulbrich	CDU-Ratsfraktion
Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion
Herr Steffen Wegert	AfD-Stadtratsfraktion
Herr Volkmarr Zschocke	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

stellvertretendes Ausschussmitglied

Herr Jürgen Renz SPD-Fraktion

Vertretung für Herrn Detlef
Müller, abwesend ab
21:06 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Dirk Fellendorf
Frau Julia Fischer
Frau Frauke Meier
Herr Thomas Schuffenhauer
Herr Dr. Jörg Schuster

Gäste

Herr Raitzsch	Vorhabenträger	anwesend bis TOP 4.1
Frau Schork	IBB Ingenieurbüro	anwesend bis TOP 4.1
	Bauwesen/Chemnitz	
Frau Götze	Ingenieurbüro Götze/Bernsdorf	anwesend für TOP 4.2 und 4.3
Herr Liebers	Harald-Liebers-Park GmbH & Co. KG	anwesend bis TOP 5.1

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Peter Börner	Amtsleiter Amt 67
Herr Börries Butenop	Amtsleiter Amt 61
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66
Herr Alexander Kirste	Abteilungsleiter Abt. 66.6
Herr Falk Reinhardt	Leiter SE 17
Frau Gabriele Schulze	Referentin Dezernat 6
Herr Tibor Stemmler	Amtsleiter Amt 62
Frau Stillger	Abteilungsleiterin abt. 61.3

Schriftführerin

Frau Sophie Smolinski	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
-----------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Stötzer** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

Herr Stadtrat Scherzberg erklärt sich für den Tagesordnungspunkt 5.4 als befangen.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich - vom 10.03.2020
-

Es liegen keine Einwendungen zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Beschlussvorlagen an den Stadtrat
-

- 4.1 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 18/04 "Wohnbebauung an der Lichtenauer Straße"
Vorlage: B-035/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Butenop führt in die Vorlage ein.

Herr Stadtrat Boden fragt, ob die Entwässerungsleitung für die Anzahl und Größe

der Grundstücke ausreichen werde.

Herr Butenop führt aus, dass dies abgestimmt wurde und ausreiche.

Herr Stadtrat Herrmann fragt, weshalb heute abgestimmt werden soll, nachdem vieles bereits erfolgt sei. Zur Thematik des Abwassers weist er darauf hin, dass das Abstimmungsprotokoll fehle. Er erklärt, dass das Umweltamt dies nicht überprüfen könne und er bereits viele Hinweise zum Hochwasserschutz gegeben habe. Er möchte wissen, ob es ein ähnliches Verfahren wie in der Adelsberger Höhe geben werde und ob der Privatinvestor darüber entscheide. Er möchte wissen, ob die Straßen zu Privatstraßen werden, wie die Befahrungsrechte aussehen oder ob die Straßen gesperrt werden müssen.

Herr Raitzsch führt aus, dass der Vorhabenträger bereits Investitionen getätigt habe. Die Sachverhalte lagen den Stadträten bereits vor. Zum Kanalsystem erklärt er, dass der ESC dies nicht übernehme. Aus diesem Grund bleibe es Eigentum derer, die die Grundstücke kaufen werden. Eine Veranlassung die Straßen zu sperren, bestehe nicht.

Herr Stadtrat Herrmann fragt, ob die Übernahme der Straßen bereits geklärt sei und wenn nein, wann dies stattfinden werde. Er kritisiert, dass vor Ort mehr abgerissen wurde als nötig.

Herr Raitzsch erklärt, dass lediglich der Wuchs entfernt wurde, der entfernt wegen musste.

Herr Stadtrat Herrmann fragt, ob für den Abriss keine Genehmigung erforderlich gewesen sei.

Herr Raitzsch bejaht die Frage, es sei keine Genehmigung erforderlich gewesen.

Herr Stadtrat Herrmann fragt, in wie weit auf die Thematik der privaten Straßen hätte reagiert werden können.

Herr Gregorzyk führt aus, dass diese Verfahrensweise seit über 10 Jahren praktiziert werde und stimmt zu, dass dies kritisch sei. Beschlossen wurden Bebauungsprobleme, die im folgenden Haushalt nicht korrekt eingeplant wurden. Privatstraßen seien an bestimmte Kriterien gebunden. Seit geraumer Zeit werde dieses Verfahren angewandt. Privatstraßen und Privatkanäle werden nicht übernommen.

Herr Bürgermeister Stötzer weist auf eine Korrektur in der Beschlussvorlage hin. In Anlage 1, Seite 1 oben ist die Nummerierung Punkt 1 „nach dem Stadtrat beschließt“ zu ergänzen. Die mit „Begründung“ betitelte Anlage 1 (nach Anlage 1, Seite 12) muss richtigerweise Anlage 2 heißen. Die Nummerierung der Anlage 2 ist somit durchgängig zu ändern; die Anlage 2 hat insgesamt 6 Seiten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe a) en-bloc einstimmig zu (13 Ja-Stimmen).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe b)

- Ordn.-Nr. 8 einstimmig zu (12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 17 mehrheitlich zu (10 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 18, 1. Sachverhalt mehrheitlich zu (8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen)
- Ordn.-Nr. 18, 2. Sachverhalt einstimmig zu (10 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe c)

- Ordn.-Nr. 1 mehrheitlich zu (9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 5 einstimmig zu (12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)
- Ordn.-Nr. 8, 1. Sachverhalt mehrheitlich zu (11 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)
- Ordn.-Nr. 8, 2. Sachverhalt mehrheitlich zu (11 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt den Punkten 2 und 3 mehrheitlich zu. (9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen) und empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage zu beschließen.

- 4.2 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 10/17 Wohn- und Mischgebiet Adelsbergstraße/Bernhardstraße
Vorlage: B-082/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe a), b) und c) en-bloc einstimmig zu. (13 Ja-Stimmen) und empfiehlt dem Stadtrat, die Vorlage zu beschließen.

- 5 Beschlussvorlagen an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität
-

- 5.1 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 20/03 Wohngebiet an der Chemnitzer Straße, Markersdorf
Vorlage: B-074/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Butenop führt in die Vorlage ein.

Herr Stadtrat Scherzberg möchte zu Protokoll geben, dass er es bevorzugt hätte, erst die Änderung des Flächennutzungsplans und dann den B-Plan zu beschließen.

Herr Stadtrat Boden fragt, ob es nur eine Zufahrt geben werde.

Herr Butenop erklärt, dass es sich bei der Zuwegung im Westen des Baugebietes um eine private Zuliefereranfahrt handle.

Herr Stadtrat Fritzsche kritisiert das Grundstück so zu entwickeln. Die städtische Infrastruktur sollte hierbei geprüft werden und die Qualität der Grundstücksentwicklung solle im Vordergrund stehen.

Herr Butenop führt aus, dass es sich um einen Aufstellungsbeschluss mit ersten schematischen Darstellungen handle. Frühzeitige Beteiligungen haben stattgefunden, um Besonderheiten beachten zu können. Entsprechende Probleme wurden nicht mitgeteilt.

Herr Dr. Schuster stimmt zu, dass das Grundstück hochwertiger bebaut werden könne. Er schlägt eine Fußgängerinsel sowie eine Wegeverbindung in nördlicher Richtung vor.

Herr Butenop sagt, dass Fragen und Anregungen gern aufgenommen werden können, um sie für die weitere Durchführung des Bebauungsplanes berücksichtigen zu können. Die Diskussionspunkte werden als Auftrag an die Verwaltung mitgenommen.

Herr Stadtrat Ulbricht stellt einen Geschäftsordnungsantrag. Er schlägt vor, die Vorlage zu vertagen. Die Verwaltung solle in der nächsten Ausschusssitzung einen Plan vorstellen, der die Straßenraumgestaltung, die Möglichkeiten der Wegeführung durch das Gebiet sowie eine qualitätvolle städtebauliche Gestaltung der Anlage beinhalte.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein erwartet Aussagen zur städtebaulichen Qualität bereits im Aufstellungsbeschluss, da hier nicht rein vorhabenbezogen, sondern als Angebotsplanung gearbeitet werde.

Frau Meier bittet um Information über Eigentumsverhältnisse und Pflegeverantwortung bei der geplanten Grünanlage mit Teich. vorstellen, wie die Straßen gestalten werden sollen. Vor der Beschlussfassung sollte ein entsprechender Planungsentwurf vorliegen.

Herr Liebers spricht zum angestrebten Vorhaben und erläutert die Beweggründe. Er möchte ein Aushängezeichen für Chemnitz-Hutholz schaffen.

Herr Stadtrat Herrmann schlägt vor, sich über Telefonkonferenzen weiterhin darüber abzustimmen. Er weist darauf hin, dass es dennoch mehr Angebot als Nachfragen zu freien Wohnungen in Chemnitz gebe. Er kritisiert, dass dies zu einseitig sein könnte. Er weist darauf hin, dass auch die Landesdirektion empfiehlt, nicht alle Straßen und Kanäle in private Hand zu geben.

Herr Stadtrat Vieweg spricht sich ebenfalls für ein Projekt aus, das hochwertig und von Qualität sein solle. Der Zugang zur Wolgograder Allee solle weiterhin gegeben sein. Er fragt, ob eine zweite Zufahrt ins Wohngebiet möglich wäre.

Herr Butenop nimmt die Frage auf und sichert eine Beantwortung zu.

Herr Stadtrat Fritzsche empfiehlt, dass sich der Vorhabenträger dringend mit entsprechenden Fachleuten zusammensetzen solle, um über entsprechende Konzepte zu sprechen.

Bürgermeister Herr Stötzer ergänzt abschließend, dass man dem Vorhaben aufgeschlossen gegenübersteht. Allerdings ist das Erschließungssystem zu überprüfen und eine Vertiefung zur Qualität der Grünanlagen einschließlich Teich vorzunehmen. Außerdem sollte ein mehrgeschossiger Wohnungsbau in östliche Richtung überdacht werden.

Der Geschäftsordnungsantrag von Herrn Stadtrat Ulbricht wird einstimmig zugestimmt (13 Ja-Stimmen).

Die Vorlage wird vertagt (13 Ja-Stimmen).

- 5.2 Aufstellungsbeschluss zur 50. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz
(Bereich Wolgograder Allee/Chemnitzer Straße im Stadtteil Hutholz)
Vorlage: B-075/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-075/2020

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität beschließt:

1. Der Einleitung des Verfahrens zur 50. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz im Bereich Wolgograder Allee/Chemnitzer Straße, Stadtteil Hutholz wird zugestimmt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs.1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen einer zweiwöchigen Auslegung erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (13 Ja-Stimmen)

- 5.3 Aufstellungsbeschluss zur 52. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz
(Bereich Elsasser Straße im Stadtteil Altchemnitz)
Vorlage: B-083/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-083/2020

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität beschließt:

3. Der Einleitung des Verfahrens zur 52. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz im Bereich Elsasser Straße, Stadtteil Altchemnitz wird zugestimmt.
4. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs.1 Satz 1 BauGB soll im Rahmen einer zweiwöchigen Auslegung erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (13 Ja-Stimmen)

- 5.4 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 20/04 „Martinstraße/Bunte Gärten“
Vorlage: B-085/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Scherzberg verlässt wegen Befangenheit seinen Platz.

Herr Bürgermeister Stötzer führt in die Vorlage ein.

Herr Dr. Schuster fragt, wie sich die Verkehrsanbindungen sowie der Hol- und Bringverkehr verhalten werde.

Herr Bürgermeister Stötzer bejaht, dass dies bereits überprüft wurde und weiterhin überprüft werde.

Herr Stadtrat Boden fragt, wie die Beförderung der Schüler geplant sei.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass dies untersucht werde.

Herr Stadtrat Herrmann merkt an, dass die Parkmöglichkeiten nicht zu nahe gehalten werden sollen. Bestimmte Wege könne man auch zu Fuß gehen.

Herr Gregorzyk erklärt, dass die Defizite noch überprüft werden müssen.

Herr Bürgermeister Stötzer ergänzt, dass entsprechende Skizzen bereits vorliegen.

Herr Stadtrat Vieweg fragt, ob mit der Festsetzung eines Urbanen Gebietes Abhilfe geschaffen werden könne.

Herr Butenop erklärt, dass dies hier nicht verfolgt werde, da aufgrund des geplanten Schulbaues und der „bunten Gärten“ kein entsprechendes Gebiet entstehen solle.

Beschluss B-085/2020

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität beschließt:

1. Für das Plangebiet soll der Bebauungsplan Nr. 20/04 „Martinstraße/Bunte Gärten“ aufgestellt werden.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes werden folgende Planungsziele verfolgt:

- Fassung des Gewerbestandortes an der Jakobstraße (angrenzend an den Bahnbogen),
- Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche „Sport und Spiel“ zur Fortführung der Freizeitanlage „Bunte Gärten“ auf den Flächen westlich der Martinstraße inkl. Realisierung eines Sportfeldes für die öffentliche Nutzung,
- schulumfeldgerechte Umgestaltung des öffentlichen Straßenraumes der Martinstraße mit Festlegung von Flächen für eine Hol- und Bringezone,
- Ausweisung einer Gemeinbedarfsfläche „Schule und Kindertagesstätte“ zur Sicherung des geplanten Grundschulstandortes östlich der Martin- und südlich der Jakobstraße sowie Verknüpfung mit dem bestehenden Kindergarten zur Ausbildung eines gemeinsamen Campus,
- Sicherung der Nutzung von Freiflächen im süd-östlichen Bereich der Tschaikowskistraße als „Saatgutgarten“ durch die Ausweisung einer Grünfläche,
- Festsetzung einer Gemeinbedarfsfläche „Zirkus“ zur Festigung des Standortes des Kinder- und Jugendzirkus Birikino,
- Sicherung der Blockrandbebauung entlang der Jakob- sowie Zietenstraße.

2. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst folgende Flurstücke der Gemarkung Chemnitz:

2120/15, 3879, 3880, 3881, 3882, 3883, 2039/1, 2039/2, 2039/g, 2039/h, 3928/1, 3930/1, 3932/1, 3935/2, 3935/3, 3935/4, 3937/1, 3941/1, 3942, 3944/2, 3948/1, 3950/1, 3958/1, 2037/m, 2037/o, 2037/q, 2037/x, 2037/y, 3959, 3960, 3961/1, 3962, 3964, 3967, 3968, 2669/1, 3969, 3973, 3974/2, 3974/3, 3974/4,

4014, 3971/1, 3972/1, 3975/1.

Folgende der o. g. Flurstücke sind dabei nur teilweise in den Geltungsbereich einbezogen:

3928/1, 3932/1, 3941/1, 3942, 3948/1, 3950/1, 3958/1

Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von rund 4,2 ha und wird durch die Planzeichnung (Anlage 3) bestimmt.

3. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden. Dementsprechend gelten die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 2 und 3 BauGB.

Es wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13a Abs. 2 i. V. m. § 13 Abs. 3 BauGB wird im beschleunigten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, vom Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6a Abs. 1 und § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen; § 4c BauGB ist nicht anzuwenden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (12 Ja-Stimmen, 1 Befangen)

- 5.5 Aufstellungsbeschluss zum einfachen Bebauungsplan Nr. 20/09 „Braustolzgelände - Entwicklungsgebiet 2"
Vorlage: B-089/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Herr Butenop führt in die Vorlage ein.

Herr Stadtrat Vieweg schlägt vor, dass eine erneute und bessere Version vorgelegt werden solle. Er fragt nach den Änderungen und dem Konflikt zwischen Rad- und Fußweg.

Herr Butenop erklärt, dass der Weg in Richtung Westen bereits Gegenstand der Diskussion des Bebauungsplanes gewesen sei. Mit den Anwohnern wurde eine Lösung gefunden, die bereits beschlossen wurde. Weitere Konflikte werden nicht erwartet.

Herr Dr. Schuster fragt, wie die Wegebeziehungen berücksichtigt werden und zur violett eingezeichneten Fußgängerachse.

Herr Butenop führt aus, dass die Pläne in Anlage 4 die Pläne des Rahmenplans des Beschlusses aus März 2018 seien. Im Zuge der Entwicklung der Gebiete links und rechts des Kernbereichs wurde geklärt, wie die Anbindung nach Westen funktioniere und mit einem Erschließungsvertrag, wie die Umfahrung des Gebietes möglich sei.

Im Rahmenplan wurde ein Fußweg eingezeichnet, der jedoch nicht barrierefrei sei. Es stehe noch aus, ob dies ein Privatweg werde oder ob noch weitere Wege gebraucht werden, auch unter dem Aspekt der Barrierefreiheit.

Herr Stadtrat Boden fragt nach der Anzahl der geplanten Wohneinheiten und dem Umfang der sonstigen Nutzungen im Vergleich zum Rahmenplan

Herr Butenop sichert die konkreten Zahlen für eine der nächsten Ausschusssitzungen zu.

Beschluss B-089/2020

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität beschließt:

1. Im Stadtteil Altendorf soll der einfache Bebauungsplan Nr. 20/09 „Braustolzgelände – Entwicklungsgebiet 2“ aufgestellt werden.

Der räumliche Geltungsbereich wird durch die Planzeichnung (Anlage 3) bestimmt. Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 2,3 ha und beinhaltet die Flurstücke 278/4 (tw.), 278/5, 278/8 (tw.), 280/8, 281/2 der Gemarkung Altendorf sowie das Flurstück 41/5 der Gemarkung Kappel.

Die wesentlichen Ziele der Planung sind:

- Die Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung, die Bauweise, die überbaubaren und nicht überbaubaren Grundstücksflächen, sowie die Stellung der baulichen Anlagen, in Orientierung auf den beschlossenen Rahmenplan.
 - Festsetzung der öffentlichen Verkehrsflächen
 - Festsetzungen zur Umsetzung einer dem vom Denkmalschutz geprägten Umfeld angemessenen Architekturhaltung in zeitgemäßer Formensprache
2. Der Bebauungsplan soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB aufgestellt werden. Dementsprechend wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.

Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärungen nach § 6a Abs. 1 und § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

- 5.6 Neuausweisung von 6 Tempo 30-Zonen und die Erweiterung einer bestehenden Tempo 30-Zone
Vorlage: B-041/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66

Herr Bürgermeister Stötzer führt in die Vorlage ein. Es liegt ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Her Stadtrat Zschocke erklärt zum Änderungsantrag, dass dieser die Ergänzung von fehlenden Zonen beinhalte. Er fragt, ob es eine Begründung dafür gebe, weshalb entsprechende Zonen nicht berücksichtigt wurden. Aus diesem Grund bittet seine Fraktion dies zu überprüfen.

Herr Gregorzyk befürwortet die Überprüfung und schlägt vor Ende Juni darüber zu berichten.

Herr Stadtrat Zschocke stimmt dem zu und erklärt, dass der Änderungsantrag so gemeint sei.

Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt (13 Ja-Stimmen).

Beschluss B-041/2020

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität beschließt die Neuausweisung von 6 Tempo 30-Zonen und die Erweiterung einer bestehenden Tempo 30-Zone gemäß den Übersichtsplänen in Anlage 3 - 7.

Nr.	Stadtteil / Kurzbezeichnung der Zone
12	Glösa
1205	Querstraße/Ziegeleistraße
21	Sonnenberg
2102	Erweiterung der Zone Tschaikowskistraße/Sonnenstraße
26	Kleinolbersdorf Altenhain
2606	Zum Spitzberg
2607	Bachweg
2608	Amselgrund
2609	Alter Kirchweg
42	Bernsdorf
4209	Weg von der Reichenhainer Straße 135 - 141

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (13 Ja-Stimmen)

6 Informationsvorlage an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität

Sachstand der Förderung Kleiner Unternehmen nach der „Richtlinie der Stadt Chemnitz über die Gewährung von Zuwendungen an kleine Unternehmen" im Rahmen des Förderprogramms EFRE – „Nachhaltige Stadtentwicklung 2014 bis 2020" (KU-Richtlinie Chemnitz)

Vorlage: I-018/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Es gibt keine Fragen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 Beschlussantrag an den Ausschuss

Nahversorger Bornaer Straße, Beteiligungsprozesse vor B-Plan Aufstellungsbeschlüssen

Vorlage: BA-013/2020 Einreicher: AfD Stadtratsfraktion Chemnitz

Herr Stadtrat Wegert führt in den Beschlussantrag ein. Er weist auf eine Änderung des Einreichers hin.

Herr Stadtrat Renz fragt, ob es im Dezember 2019 nicht bereits eine Petition und einen entsprechenden Aufstellungsbeschluss gegeben habe. In diesem Fall gelte die 6-Monats-Sperre.

Herr Bürgermeister Stötzer sieht den Beschlussantrag als einen Prüfauftrag an.

Herr Stadtrat Wegert stimmt dem zu.

Herr Stadtrat Fritzsche merkt an, dass das Verfahren weitestgehend im Ausschuss besprochen wurde. Er sehe inhaltlich keinen Bedarf sich erneut mit dem Thema auseinanderzusetzen. Er stimme Herrn Stadtrat Renz zu, dass die 6-Monats-Sperre hier greife.

Herr Bürgermeister Stötzer grenzt noch einmal ab, dass es sich um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handle.

Die Ausschussmitglieder betrachten den Beschlussantrag als kritisch, da entsprechende Inhalte bereits besprochen wurden und eine erneute Diskussion nicht erforderlich sei. Sie sprechen sich gegen den Antrag aus.

Herr Stadtrat Ulbrich fragt, wann mit den Suchräumen zu rechnen sei.

Herr Butenop erklärt, es gelte ein Einzelhandelskonzept mit Suchräumen. Die Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes beginne 2020, sodass dieses gegen Ende 2021 beschlossen werden könne. Für die nächste Sitzung folge eine entsprechende Beratungsvorlage.

Herr Stadtrat Boden teilt mit, dass der Beschlussantrag zurückgezogen wird.

Der Beschlussantrag wird zurückgezogen.

8 Verschiedenes

8.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Herr Börner informiert anhand einer Power Point Präsentation über den aktuellen Stand zur Bewässerung von Bäumen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein kündigt einen entsprechenden Beschlussantrag zur nächsten Stadtratssitzung an.

Herr Stadtrat Vieweg fragt, ob eine Art neuer ASR bei einer Anzahl von 35.000 Bäumen notwendig sei, der nur für die Bewässerung von Bäumen und der Erhaltung von Grünflächen zuständig sei.

Herr Börner erklärt, dass alte klassische Bäume, die früher als Straßenbäume gepflanzt wurden, heute nicht mehr geeignet sind. Diese können den Vibrationen der Straße nicht mehr standhalten. Es werden Bäume benötigt, die für diese Herausforderungen geeignet sind. Ein weiterer wichtiger Faktor ist auch, wie die Standorte vorbereitet werden. Die richtige Pflanzung erleichtert die Erhaltung der Pflanzen.

Herr Stadtrat Zschocke fragt, ob eine größere Offensive möglich sei. Neben der Frage der Technik, stelle sie auch noch die Frage der Wasserrückhaltung.

Herr Börner erklärt, dass das Grünflächenamt mehrere Notwasserbrunnen versorgen müsse, die für den Katastrophenschutz vorgehalten werden müssen. Hier müssen jährliche Pumpversuche durchgeführt werden. Es bestehe die Überlegung,

diese Brunnen zu verwenden.

Herr Stadtrat Boden fragt, ob es Kapazitäten aus dem privaten Bereich gebe.

Herr Börner führt aus, dass bei der Neupflanzung alle Wässerungsleistungen von außen erbracht werden. Derartige Dienstleistungen können am Markt gekauft werden, die Handlungsfähigkeit dauert jedoch länger.

Herr Bürgermeister Stötzer informiert, dass im 2. Quartal eine Übersicht zur Baumpflanzung erfolge.

Herr Gregorzyk informiert zum Thema Gehwegbau Harthauer Weg/Einsiedel. Die zur Verfügung stehenden Gelder reichen lediglich für die Vorschlagsvariante, der die Stadträte bereits zugestimmt haben. Die Grundstücksverhandlungen müssen erst durchgeführt werden. Er richtet die Frage an die Stadträte, ob sich vorgestellt werden könne, die Gelder des Gehwegs auch an einer anderen Stelle in Einsiedel einzusetzen.

Herr Stadtrat Ulbricht meint, es wurde festgestellt, dass die entschiedene Variante keine optimale Lösung sei. Es gebe große finanzielle Lücken aufgrund des Breitbandausbaus, um den aufgerissenen Gehweg wieder schließen zu können. Er bittet darum die Gelder dort anzuwenden.

Herr Stadtrat Boden merkt an, dass ein Teil der Gehwege noch schlechter geworden sei, als vor dem Breitbandausbau.

Herr Stadtrat Vieweg weist darauf hin, dass heute der Ausschuss darüber berate und nicht der Ortschaftsrat. Der Ortschaftsrat solle darüber entscheiden.

Herr Bürgermeister Stötzer fasst zusammen, dass das Geld zweckgebunden in der Ortschaft Einsiedel für die entsprechenden Gehwege angebracht werden solle.

Herr Gregorzyk informiert über das Verkehrskonzept und künftigen verkehrsrechtlichen Anordnungen auf dem Kaßberg. Die verkehrsrechtlichen Anordnungen folgen für den Bereich Erich-Mühsam-Straße, Henriettenstraße und Walter-Oertel-Straße.

Entsprechende Anhörungen dazu werden folgen. Die Stadträte sollen unbedingt mit einbezogen werden, auch wenn die Zuständigkeit darüber allein in der Verwaltung liegt. Das hohe Konfliktpotenzial sei allen bewusst. Angehört werden die Polizei, der ASR sowie die Hauseigentümer. Die Ergebnisse werden innerhalb der nächsten zwei Monate erwartet.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein möchte wissen was genau dort geschehen werde.

Herr Gregorzyk antwortet, dass es eventuelle Einbahnstraßen werden könnten und es weniger Stellflächen geben werde. Die Gehwege werden nicht freigehalten und Kreuzungsbereiche werden zugeparkt. Dies muss sich ändern, denn eine Barrierefreiheit sei gar nicht mehr gegeben.

Herr Stadtrat Vieweg stimmt dem Konfliktpotenzial zu und befürwortet die Transparenz. Ein sensibler Umgang sei hier sehr wichtig.

Herr Stadtrat Zschocke stimmt dem Vorhaben ebenfalls zu und hebt hervor, dass es auch für die Feuerwehr sehr schwer sei, vor Ort durch die Straßen und Kreuzungen zu gelangen. Der Handlungsbedarf, aber auch das Konfliktpotenzial bestehe. Auch er befürwortet die Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit.

Herr Gregorzyk erklärt, dass auf Basis der Anhörungen weiter vorgegangen und auf die Stadträte zugegangen werde. Über die Öffentlichkeitsarbeit werde anschließend gesprochen. Dennoch müssen Gesetze eingehalten werden und die verkehrsrechtlichen Anordnungen erfolgen. Die Lage vor Ort wurde über einen bestimmten Zeitraum zwischen 18 Uhr und 21 Uhr stark beobachtet.

Herr Stadtrat Scherzberg fragt, wie die Stadträte einbezogen werden sollen. Er schlägt vor Stadträte aus dem betroffenen Stadtbezirk zur Beratung hinzuzuziehen.

Herr Bürgermeister Stötzer hebt hervor, dass eine Beteiligung gewünscht werde. Nach den Anhörungen könne diskutiert werden.

Herr Dr. Schuster sieht die Lage vor Ort als unzumutbar und stimmt dem Vorhaben zu. Er schlägt Kurzzeitparkplätze als mögliche Lösung vor.

8.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Stadtrat Boden fragt, ob nach neuen gesetzlichen Regelungen die Städte keinen Eigenanteil mehr an Bahnübergängen erbringen müssen. Zudem möchte er wissen wie lange die Vollsperrung der Berbisdorfer Straße andauern werde. Zum Brunnen auf dem Markt möchte er wissen, warum die Stadträte nicht in den Ausschüssen darüber informiert wurden.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass aufgrund der aktuellen Umstände die Presse der Stadt zuvor kam. Das Material werde noch einmal bemustert.

Herr Gergorzyk erläutert, dass die Informationen über die Baumaßnahme in der Berbisdorfer Straße an die Stadträte herangetragen werden mussten. Er werde sich darüber informieren und bringt dies zur nächsten Sitzung mit. Die Bahnübergänge werden in der Regel mit 90 Prozent gefördert.

Herr Stadtrat Zschocke fragt, ob der Stadt bereits bekannt sei, dass Radfahrer an bestimmten Ampeln kein Grün bekommen würden.

Herr Bürgermeister Stötzer bejaht die Frage und sagt, dass dies bereits überprüft werde.

Herr Stadtrat Vieweg fragt, wann die Baumaßnahmen an der Walter-Klippel-Straße beginnen werden.

Herr Gregorzyk antwortet, dass diese beginnen können sobald die entsprechenden Mittel freigegeben wurden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein fragt, wann die Sanierungen am Viadukt Rabenstein beginnen werden.

Herr Gregorzyk erklärt, dass die Submission bereits erfolgt sei. Am 18.05.2020 solle der Zuschlag an die Baufirma erfolgen. Das Submissionsergebnis ist höher als die zur Verfügung stehenden Mittel, weshalb mit Dezernat 1 nach einer Lösung für den Zuschlag zum 18.05.2020 gesucht werde. Nach Sicherstellung der Finanzierung kann dann ca. sechs Wochen später begonnen werden.

- 9 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden Herr Stadtrat Vieweg und Herr Stadtrat Marschner bestimmt.

16.06.2020 *Michael Stötzer*
Datum Michael Stötzer
Vorsitzender
des Ausschusses

22.06.2020 *Jörg Vieweg*
Datum Herr Vieweg
Mitglied
des Ausschusses

29.06.2020 *Marschner*
Datum Herr Marschner
Mitglied
des Ausschusses

30.06.2020 *S. Smolinski*
Datum Frau Smolinski
Schriftführerin